

Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 02.06.2021, ab 18:00 Uhr in der Kreisverwaltung in Burg, Bahnhofstraße 9, Haus 2, Raum 3.14

Anwesenheit der Mitglieder des Kreisausschusses

Vorsitzende/r

Herr Dr. Steffen Burchhardt

Vorsitzender des Kreistages

Herr Dr. Volker Bauer

Vertretung für Herrn Fickel

Fraktion SPD/FDP

Herr Kay Gericke

CDU-Fraktion

Herr Hartmut Dehne

Fraktion AfD/Freie Wähler-Endert

Herr Phillipp-Anders Rau

Vertretung für Herrn Köhler

Fraktion DIE LINKE

Frau Gabriele Herrmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lutz Nitz

von der Verwaltung

Herr Thomas Barz

Herr Stefan Dreßler

Frau Ivonne Hellmann

Frau Claudia Hopf-Koßmann

Frau Janine Truetsch

Protokollführer/in

Frau Sabrina Rösler

von der Verwaltung

es fehlt/ fehlen:

Fraktion SPD/FDP

Herr Jörg Rehbaum

CDU-Fraktion

Herr Matthias Fickel

Fraktion AfD/Freie Wähler-Endert

Herr Gordon Köhler

Fraktion Wählergemeinschaften Jerichower Land

Herr Andreas Fischer

**Tagesordnung:
Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 17.02.2021 und 10.03.2021 - öffentlicher Teil -
5. Verwaltungskostensatzung **01/145/20**
6. Satzung über die Übermittlung und Verarbeitung von Daten nach § 15 Absatz 2 KiFöG **01/184/21**
7. Jahresabschluss zum 31.12.2013 und Entlastung **01/172/21**
8. Anwendung des Runderlasses "Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse" **01/173/21**
9. Überplanmäßiger Aufwand / Auszahlung für Zuweisungen nach § 12 und § 12a KiFöG an Träger von Kindertageseinrichtungen **01/177/21**
- 2.1. Erlegungsprämie für Schwarzwild im Rahmen eines zeitlich befristeten Vorhabens im Land Sachsen-Anhalt zur Reduktion der Schwarzwildbestände **01/186/21**
- 2.2. Berufung in den Kreissenorenbeirat des Landkreises Jerichower Land **01/181/21/1**
10. Antrag auf Zustimmung für einen außerplanmäßigen Aufwand mit entsprechender Auszahlung nach § 105 KVG **02/178/21/1**
11. Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen **AG/12/20**
12. Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Einrichtung „Runder Tisch gegen Drogen“ **AG/19/21**
13. Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Finanzen stärken durch gerechtes Factoring **AG/23/21**
14. Abschluss eines Betrauungsvertrages zum Betrieb der Fähre Ferchland - Grieben **01/175/21/1**
15. Schaffung einer projektgebundenen Stelle eines Klimaschutzmanagers (m/w/d) aus der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld "Kommunalrichtlinie" **01/171/21**
16. Verstetigung der Koordinierungsstelle RÜMSA **01/152/21**
17. Sportförderung im Landkreis Jerichower Land **01/170/21**
18. Förderung von Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbänden **02/174/21**
19. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
- 19.1. Dringlichkeitsentscheidung Wildschutzzaun (APL-081) **DE/006/20**
20. Anfragen und Anregungen
21. Schließen des öffentlichen Teils
28. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
29. Schließen der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Landrat eröffnet um 18.05 Uhr die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Ebenso wird bei Anwesenheit von 6 beschließenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit festgestellt.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest, dass es folgende Änderungen zur Tagesordnung gibt.

TOP 5 – Die Verwaltungskostensatzung des Landkreises Jerichower Land wird von der Verwaltung zurückgezogen, da diese noch einer juristischen Überprüfung unterzogen wird, welche noch nicht abgeschlossen sei. Es sei geplant, die Verwaltungskostensatzung im Herbst erneut auf die Tagesordnung zu bringen, da keine wirkliche Eilbedürftigkeit in diesem Thema gesehen werde.

TOP 11 – Der Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Schaffung der rechtlichen Grundlagen für den Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen wird von der Tagesordnung abgesetzt und zurückgestellt. Eine Vorberatung habe im Ausschuss für Soziales und Gesundheit stattgefunden. Da es noch offene Fragen gebe, die nicht geklärt werden konnten, wird das Thema in der nächsten Ausschusssitzung am 08.09.2021 nochmals aufgenommen.

TOP 12 – Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Einrichtung „Runder Tisch gegen Drogen“ wurde lt. Niederschrift des Ausschuss für Soziales und Gesundheit durch Herrn Köhler zurückgezogen. Nach Erörterung des Themas im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wird die Entscheidung getroffen, hier verstärkt den Fokus darauf zu richten.

Der Landrat stellt des Weiteren fest, dass die Tagesordnung um die nachfolgend benannten Beschlussvorlagen ergänzt wird:

Vorlage 01/186/21 – Erlegungsprämie für Schwarzwild im Rahmen eines zeitlich befristeten Vorhabens im Land Sachsen-Anhalt zur Reduktion der Schwarzwildbestände wird als TOP 2.2 nach TOP 9 behandelt. Der Landrat erläutert kurz die Hintergründe für diese Vorlage.

Vorlage 01/181/21/1 – Berufung in den Kreissenorenrat des Landkreises Jerichower Land wird als TOP 2.1 nach TOP 2.2 behandelt.

Des Weiteren bittet der Landrat um Zustimmung, die Dringlichkeitsentscheidung Wildschutzzäun in den öffentlichen Teil des Kreisausschusses unter TOP 19 zu verlegen.

Der Landrat lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Der Landrat stellt fest, dass keine Einwohneranfragen vorliegen.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 17.02.2021 und 10.03.2021 - öffentlicher Teil -

Der Landrat stellt fest, dass gegen die vorgenannten Niederschriften keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen. Die Niederschriften werden mit **5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung** beschlossen.

TOP 5

01/145/20

Verwaltungskostensatzung

Vorlage: 01/145/20

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Aufhebung zur Satzung des Landkreises Jerichower Land über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung).

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen und zurückgestellt.

TOP 6

01/184/21

Satzung über die Übermittlung und Verarbeitung von Daten nach § 15 Absatz 2 KiFöG

Vorlage: 01/184/21

Der Landrat fragt an ob Erläuterungen zur Vorlage gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall.

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung des Landkreises Jerichower Land über die Übermittlung und Verarbeitung von Daten nach § 15 Absatz 2 KiFöG.

Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/184/21 zu folgen.

TOP 7

01/172/21

Jahresabschluss zum 31.12.2013 und Entlastung

Vorlage: 01/172/21

Der Landrat erläutert kurz die Vorlage.

Er weist daraufhin, dass die Entlastung bei diesem Jahresabschluss noch seinen Vorgänger, Herrn Finzelberg, betreffe.

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 146.880.966,61 EUR.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.853.434,56 EUR wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

3. Der Kreistag erteilt dem Landrat für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 die Entlastung.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/172/21 zu folgen

TOP 8

01/173/21

Anwendung des Runderlasses "Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse"

Vorlage: 01/173/21

Der Landrat erläutert die Vorlage.

Er berichtet über den großen Zeitaufwand, der aktuell anfallt, um die noch offenen Jahre nachzuholen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Frist etwas großzügiger ausgefallen wäre, denn diese sei sehr knapp bemessen. Der Landrat versichert, dass alles dafür getan wird, um diese Frist zu halten. Er geht davon aus, dass wenn es nicht ganz eingehalten wird, das Land eine Nachfrist gewähre.

Herr Dr. Bauer ergreift als Mitglied des Finanzausschusses das Wort und weist daraufhin, dass es ein Unding sei, dass sämtliche Kreise des Landes Sachsen-Anhalt 6-9 Jahre mit ihren Jahresabschlüssen hinterherhinken.

Er dankt der Verwaltung, dass diese so zäh dranbleibt. Ganz offensichtlich hat das Land deutlich zu spät reagiert. Er sehe es als eine Zumutung an, dass über Zeiträume von Jahresabschlüssen und Entlastungen geredet werde, in denen ein Großteil der Kreistagsmitglieder noch nicht einmal dem Kreistag angehörten.

Der Landrat erwähnt bei dieser Gelegenheit, dass die Eröffnungsbilanz nach wie vor beim Landesrechnungshof liegt. Es liegen noch keine Informationen vor, wann sich der Landesrechnungshof mit dieser auseinandersetzen wird. Mehrere Nachfragen beim Landesrechnungshof, wann mit einer Bearbeitung zu rechnen sei, ergaben bisher nichts.

Der Kreistag beschließt die Anwendung des Erlasses „Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse“ des Landes Sachsen-Anhalts vom 15.10.2020 entsprechend den in der Anlage dargestellten Erleichterungen sowie den Umsetzungsplan.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/173/21 zu folgen.

TOP 9

01/177/21

Überplanmäßiger Aufwand / Auszahlung für Zuweisungen nach § 12 und § 12a KiFöG an Träger von Kindertageseinrichtungen

Vorlage: 01/177/21

Der Landrat erläutert kurz die Vorlage.

Der Kreistag stimmt dem überplanmäßigen Aufwand mit entsprechender Auszahlung für Zuweisungen an kommunale Träger von Kindertageseinrichtungen bei der Buchungsstelle

36100100.531200/731200 (Zuweisungen an Gemeinden) in Höhe von 396.830,84 €

zu.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/177/21 zu folgen.

TOP 2.1

01/186/21

Erlagungsprämie für Schwarzwild im Rahmen eines zeitlich befristeten Vorhabens im Land Sachsen-Anhalt zur Reduktion der Schwarzwildbestände

Vorlage: 01/186/21

Der Landrat erläutert kurz die Vorlage.

Aus Sicht des Landkreises entfalle die Anreizwirkung und die Unterstützung des Kreises durch die Auslobung der Prämie, welche großzügig bemessen sei. Daher lief diese am 31.03.2021 aus. Durch die deutlich höhere Unterstützung des Landes werde von Seiten der Kreisverwaltung keine Verlängerung der Kreisprämie in Erwägung gezogen.

Herr Nitz berichtet über ein Gespräch mit Jägern, bei welchem er gefragt wurde, ob die Prämie in Sachsen-Anhalt steuerpflichtig sei. Er konnte darauf keine Antwort geben. Es wurde auch berichtet, dass der Aufwand, um an die Prämie zu kommen sehr hoch sei.

Der Landrat äußert seine Hoffnung, dass die Jäger ihre Abrechnungen bündeln und keine Einzelabrechnungen für jedes Tier einreichen werden. Er schildert den Aufwand der Verwaltung, den die ausgelobte Prämie mit sich ziehe. Die finanzielle Entschädigung, welche die Verwaltung vom Land erhält, decke die dadurch gebundenen Kapazitäten nicht. Zum nächsten Haushalt werde hier eine temporäre Verstärkung angemeldet werden, welche überwiegend gegenfinanziert sei. Mit den vorhandenen personellen Kapazitäten ist dies nicht leistbar.

Herr Dreßler führt aus, dass es im Land Brandenburg ein Schreiben an den Landesjagdverband Brandenburg gäbe, welches die Besteuerung der Abschussprämie für Schwarzwild thematisiere. Danach ist die Prämie aus Sicht des Landes Brandenburg eine Einnahme aus forstwirtschaftlicher Betätigung, die in der Steuererklärung als Einnahme dargestellt werden müsse und somit auch der Steuerpflicht unterliege. In Sachsen-Anhalt sei das noch nicht in dieser Form kommuniziert. Es sei jedoch davon auszugehen, dass dies in Sachsen-Anhalt analoge Anwendung finden werde. Auf entsprechende Informationen vom Land werde noch gewartet.

Der Kreistag beschließt den außerplanmäßigen Aufwand mit entsprechender Auszahlung für die Erlagungsprämie für Schwarzwild im Rahmen eines zeitlich befristeten Vorhabens im Land Sachsen-Anhalt zur Reduktion der Schwarzwildbestände bei der Buchungsstelle 12210100.545800/745800 in Höhe von 260.000 EUR.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/186/21 zu folgen.

TOP 2.2

01/181/21/1

Berufung in den Kreissenorenbeirat des Landkreises Jerichower Land
Vorlage: 01/181/21/1

Der Landrat führt ausführlich zur Vorlage aus.

Der Kreistag beruft nachfolgend genannte Personen bzw. Vertretungen aus den Seniorenbeiräten im Landkreis Jerichower Land in den neu gegründeten Kreissenorenbeirat Jerichower Land:

Frau Christine Haag
Herrn Lutz Baumgarten
Herrn Dr. Joachim Schröder
Herrn Dr. Ing. habil. Hermann Gärlich
Herrn Burkhard Dertz
Herrn Jürgen Schulze
Frau Karin Langner
Frau Ingeborg Karbe

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/186/21 mit diesem Abstimmungsergebnis zu folgen:

Einstimmig überwiesen: Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

TOP 10

02/178/21/1

Antrag auf Zustimmung für einen außerplanmäßigen Aufwand mit entsprechender Auszahlung nach § 105 KVG
Vorlage: 02/178/21/1

Der Landrat führt zur Vorlage aus.

Der Kreisausschuss beschließt den außerplanmäßigen Aufwand mit entsprechender Auszahlung i. H. v. 85.376,99 € für die Personalkostenerstattung an das DRK gem. Rahmenvereinbarung über Leistungen des Betriebes eines Impfzentrums einschließlich mobiler Impfteams

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Vorlage 02/178/21/1.

TOP 11

AG/12/20

Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen
Vorlage: AG/12/20

Von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 12

AG/19/21

Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Einrichtung „Runder Tisch gegen Drogen“
Vorlage: AG/19/21

Antrag zurückgezogen.

Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert zum Thema Finanzen stärken durch gerechtes Factoring
Vorlage: AG/23/21

Herr Barz führt aus, dass dieser Antrag im Finanzausschuss am 06.05.2021 thematisiert wurde. Hier habe man sich geeinigt, dass die Verwaltung eine Aufstellung anfertigt, welche Forderungen der Landkreis in welchen Bereichen hat, um zu schauen, wo es sinnvoll wäre, ein Inkassounternehmen einzuschalten. Dieser Antrag wurde daher in die nächste Finanzausschusssitzung verschoben, welche am 09.09.2021 stattfindet.

Herr Rau regt an, mit den zwei aufgeführten Beispielen im Antrag Kontakt aufzunehmen um abzuklären, ob es in Sachsen-Anhalt überhaupt möglich sei. Sollte sich im Gespräch herausstellen, dass es nicht möglich sei, könnte man auf die Erstellung der Übersicht mit den offenen Forderungen verzichten.

Herr Barz betont, dass die Verwaltung ihren Standpunkt nicht aufgegeben hat, dass das Einschalten eines Inkassounternehmens nicht möglich sei. Mit der Aufstellung über die offenen Forderungen soll aufgezeigt werden, wo und in welcher Größenordnung offene Forderungen bestehen und bei welchem Personenkreis die Forderungen offen sind (handelt es sich um den 20 jährigen Maurerlehrling oder ist es jemand, der seit vielen Jahren SGB II bezieht). Die Übersicht soll für die Ausschussmitglieder so qualifiziert sein, dass man sich über das weitere Vorgehen Gedanken machen könne.

Herr Dr. Bauer berichtet, dass die Ausschussmitglieder an einer Übersicht der offenen Forderungen des Landkreises und der Kommunen interessiert seien, um sich ein Bild hierüber machen zu können. Herr Dr. Bauer habe sich für die Auflistung eine Wertgrenze von größer 50.000,00 EUR für Einzelforderungen notiert. Er sei jedoch auch offen, wenn der Landkreis eine Übersicht über alle offenen Forderungen, auch unter der Wertgrenze von 50.000,00 EUR erstellt.

Herr Barz ergänzt, dass der Landkreis bisher nie von dem Erlass der unbefristeten Niederschlagung Gebrauch gemacht habe Dies werde in der Übersicht ebenfalls dargestellt sein.

Der Landrat führt aus, dass der Tagesordnungspunkt auf der von allen anwesenden Ausschussmitgliedern abgestimmten Tagesordnung steht. Daher gibt es nur die Möglichkeit, dass die antragstellende Fraktion den Antrag selbst zurückzieht.

Herr Rau zieht den Antrag im Namen der Fraktion zurück. Er regt an, eine niedrigere Wertgrenze als 50.000,00 EUR in der Aufstellung zu berücksichtigen.

Herr Barz schlägt vor, die Übersicht der offenen Forderungen in Bereiche aufzuteilen, die bei Bedarf näher betrachtet werden können.

Der Landrat hält fest, dass der Antrag damit zurückgezogen ist und nach Beratung im nächsten Finanzausschuss wieder in den Kreisausschuss und Kreistag eingebracht wird.

TOP 14**01/175/21/1**

Abschluss eines Betrauungsvertrages zum Betrieb der Fähre Ferchland - Grieben

Vorlage: 01/175/21/1

Der Landrat erläutert die Vorlage.

Der Kreistag beschließt, den Landrat zum Abschluss eines Betrauungsvertrages mit der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH im Rahmen der Direktvergabe über den Betrieb der Fähre Ferchland-Grieben zu ermächtigen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, dem Beschlussvorschlag des Antrags 01/175/21/1 zu folgen.**TOP 14.1****01/175/21**

Abschluss eines Betrauungsvertrages zum Betrieb der Fähre Ferchland - Grieben

Vorlage: 01/175/21

Der Kreistag beschließt, den Landrat zum Abschluss eines Betrauungsvertrages mit der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH im Rahmen der Direktvergabe über den Betrieb der Fähre Ferchland-Grieben zu ermächtigen.

TOP 15**01/171/21**

Schaffung einer projektgebundenen Stelle eines Klimaschutzmanagers (m/w/d) aus der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld "Kommunalrichtlinie"

Vorlage: 01/171/21

Der Landrat führt zur Vorlage aus.

Herr Rau spricht sich im Namen seiner Fraktion klar gegen diesen Beschluss aus, da die finanziellen Mittel für die Stelle nicht vorhanden seien und er die Notwendigkeit einer solchen nicht sehe.

Der Kreistag beschließt die Schaffung einer projektgebundenen Stelle eines Klimaschutzmanagers zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes aus der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld „Kommunalrichtlinie“.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/171/21 mit diesem Abstimmungsergebnis zu folgen:**Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0****01/152/21**

TOP 16

Verstetigung der Koordinierungsstelle RÜMSA
Vorlage: 01/152/21

Der Landrat führt zur Vorlage aus.

Herr Nitz äußert sich positiv zur Verstetigung einer Koordinierungsstelle. Er hätte auch zugestimmt, wenn die Finanzierung komplett vom Landkreis getragen werden müsste. Er empfindet diese Stelle als sehr wichtig. Er fragt an, ob es eine Rückmeldung der Handwerksbetriebe gebe, dass ihnen durch die Maßnahmen geholfen werden konnte.

Herr Barz führt aus, dass hier die Handwerkskammer noch dazwischen geschaltet sei und die Erwartungen höher sind als, das was bewirkt werden könne. Es sind jedoch in den handwerklichen Berufen Erfolge zu verzeichnen und nachgewiesen. Eine genaue Statistik darüber gebe es jedoch nicht. Es werden jedoch Statistiken zur Kundenzufriedenheit geführt, welche positiv ausfallen. Die Handwerkskammer sei zufrieden mit dem Ergebnis.

Der Kreistag beschließt die Verstetigung der Koordinierungsstelle RÜMSA unter gemeinsamer finanzieller Beteiligung der Agentur für Arbeit Magdeburg, des Jobcenters Jerichower Land und des Landkreises Jerichower Land.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich dem Beschlussvorschlag des Antrags 01/152/21 mit diesem Abstimmungsergebnis zu folgen:

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 1

01/170/21

TOP 17

Sportförderung im Landkreis Jerichower Land
Vorlage: 01/170/21

Der Landrat führt zur Vorlage aus.

Der Kreistag beschließt die 2. Änderung des Zuwendungsvertrages zur Förderung des Sports im Landkreis Jerichower Land ab dem Haushaltsjahr 2022 gemäß beigefügter Anlage.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlage 01/170/21 zu folgen.

TOP 18

Förderung von Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbänden
Vorlage: 02/174/21

Der Landrat führt zur Vorlage aus.

Er berichtet, dass im Vorfeld die Frage aufkam, ob eine Fristverlängerung möglich sei. Der Landkreis hat dies geprüft und kann dies bejahen. Es gebe noch einen Spielraum von 500,00 EUR.

Herr Dreßler berichtet aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, bei welchem die Vorlage vorab abgestimmt wurde. Hier kam die Frage auf, wie mit den verbliebenen 500,00 EUR, die nun noch übrig seien, verfahren werden kann.

Hier kam der konkrete Vorschlag die Frist bis 31.07.2021 zu verlängern.

Herr Dehne möchte wissen, ob es Träger gibt die keinen Antrag gestellt haben und ob bereits gestellte Anträge nachgebessert werden können.

Herr Dreßler teilt mit, dass alle bisher eingereichten Anträge berücksichtigt seien und nun aber noch 500,00 EUR übrig seien. Mit der Fristverlängerung soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Betrag voll auszuschöpfen.

Der Landrat ergänzt, dass ad hoc keine Liste vorläge, anhand derer man überprüfen könne ob alle existierenden Selbsthilfe- und Wohlfahrtsverbände Anträge gestellt haben. Die Fristverlängerung werde daher nochmals kommuniziert, damit jeder die gleiche Chance habe einen Antrag zu stellen. Anträge, die bis 31.07.2021 eingehen, werden dem Gremium wieder zur Abstimmung vorgelegt.

Herr Dehne fragt nochmals nach, ob auch bestehende Anträge aufgestockt werden können.

Der Landrat schließt dies nicht aus, aber schlägt vor, dies offen zu lassen und erst einmal abzuwarten, was an Anträgen eingehe. Sollte die Summe für die eingehenden Anträge nicht ausreichen, erarbeite der Landkreis einen Vorschlag, wie mit der Summe verfahren werden könne (Berücksichtigung der Aufstockung eines Antrags oder eines Neuantrags). Im Rahmen einer Pressemitteilung wird auf die Fristverlängerung hingewiesen. Ein direktes Ansprechen der einzelnen Verbände erfolge nicht.

Herr Dr. Bauer weist daraufhin, dass der Beschlussvorschlag in der Vorlage dann nicht übereinstimmt und dieser angepasst werden müsse.

Herr Dehne hat dahingehend Bedenken bei der Fristverlängerung, dass in deren Folge Anträge über dem Wert von 500,00 EUR eingehen und man sich dann nochmals über dieses Thema unterhalten müsse.

Herr Nitz kann die Äußerungen von Herrn Dr. Bauer und Herrn Dehne gut verstehen.

Der Landrat schlägt eine kurze Abstimmung bezüglich der Antragsfristverlängerung vor. Diese werde, wenn gewünscht, per Antrag in der Vorlage ergänzt.

Er bittet um eine Abstimmung für die Antragsfristverlängerung. Der Kreisausschuss stimmt wie folgt ab:

Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen 1

Der Kreisausschuss beschließt die Förderung von Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbänden gemäß beigefügter Anlage.

Der Kreisausschuss beschließt den Beschlussvorschlag der Vorlage 02/174/21 mit folgender Änderung:

Der Kreisausschuss beschließt eine Fristverlängerung der Förderung von Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbänden zum 31.07.2021.

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 0

Enthaltung 1

TOP 19

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Der Landrat berichtet über das künftige Vorgehen des Landkreises bei Dringlichkeitsentscheidungen.

Diese werden künftig sofort in das Bürgerinformationsportal und das Gremienportal eingestellt, so dass bereits jeder vorab eine Information hat und genau weiß welche Dringlichkeitsentscheidungen getroffen werden mussten. Im Kreisausschuss oder Kreistag wird künftig nur noch ein Hinweis gegeben.

TOP 19.1

DE/006/20

Dringlichkeitsentscheidung Wildschutzzaun (APL-081)

Vorlage: DE/006/20

Der Landrat führt zur Dringlichkeitsentscheidung aus.

TOP 20

Anfragen und Anregungen

Herr Dehne schildert die Probleme des derzeitigen Umleitungsverkehrs an der Baustelle K1215 Lostau-Hohenwarte. Er wurde von mehreren Bürgern hinsichtlich der Beschilderung angesprochen und werde sich mit dem Sachbearbeiter in Verbindung setzen.

Das größere Problem sei der Umleitungsfahrplan für Busse von Magdeburg Richtung Burg. Hier sei Lostau bei vielen Bussen komplett abgehängt. Dies sei besonders für die Schüler ein großes Problem. Er bittet den Landkreis, hier korrigierend einzugreifen und anzuregen, dass ein Kleinbus für diese Zeiten der ankommenden Busse aus Magdeburg in Hohenwarte stationiert wird, der den Bedarf entsprechend abdecken, und dann die Personen nach Lostau fahren könne.

Der Landrat wird die NJL befragen, wie viele Personen dieses Problem zu welchen Zeiten betreffe. Vielleicht wäre auch die Nutzung des Bürgerbusses von Lostau eine Möglichkeit, da dieser durch die Baustelle fahren dürfe. Der Landrat wird Herrn Dehne direkt über sein Gespräch mit der NJL unterrichten.

TOP 21

Schließen des öffentlichen Teils

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:05 Uhr.

TOP 28

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Landrat stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass in der nicht-öffentlichen Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

TOP 29

Schließen der Sitzung

Der Landrat schließt die Sitzung um 19:15 Uhr.

Dr. Steffen Burchardt
Vorsitzende/r

Sabrina Rösler
Protokollführer/in